

FDP Maintal

## **MAINTALERIN VERTRITT HESSEN IM BUNDESWEITEN FDP-MENTORINGPROGRAMM**

05.06.2013

---

Ulrike Schmidt, seit 2011 als Stadtverordnete in Maintal aktiv, darf dieses Jahr als einzige Vertreterin Hessens am einjährigen Mentoringprogramm der Bundes FDP "Top-Nachwuchs-Talente" teilnehmen.

Bereits zum sechsten Mal führt die Bundes-FDP dieses Programm durch. Ziel ist es, auch weiterhin ohne Quotenregelung Frauen in der Partei voran zu bringen. Hierfür wird talentierten, engagierten Frauen, die eine politische Laufbahn anstreben, ein erfahrener Mentor zur Seite gestellt. Dieser unterstützt sein Pendant (genannt Mentee) darin, alle notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und vor allem auch Kontakte zu erlangen, um sich sicher auf dem politischen Parkett zu bewegen. Darüber hinaus liefern Networking-Events, Kommunikations- und Strategieworkshops, verschiedene Online-Seminare und Praktika, weitere Bausteine für das Fundament einer politischen Laufbahn. Die Anzahl der Plätze ist aufgrund der individuellen Betreuung durch einen erfahrenen Abgeordneten oder Minister entsprechend begrenzt.

Begleitet wird Frau Schmidt im Rahmen des Programms von ihrer Mentorin Nicola Beer, der hessischen Kultusministerin. Vor wenigen Tagen fand das erste Kennenlernetreffen der beiden statt. „Wir hatten ein sehr offenes Gespräch. Man spürt, dass Frau Beer als erfahrene Mentorin sehr engagiert ist und sich auch persönlich für den Menschen hinter dem Mentee interessiert. Wir konnten unsere gegenseitigen Ziele abstecken und sie gab mir bereits wichtige erste Tipps, die es nun umzusetzen gilt. Ich freue mich auf einen intensiven Austausch über mögliche Hürden und ihren Weg hin zu einer erfolgreichen Politikerin“, zeigt sich die FDP-Politikerin begeistert. Auch dem Austausch mit ihren Mitstreiterinnen – bundesweit nehmen 23 junge Frauen an dem Programm teil – sieht Frau Schmidt gespannt entgegen: „Es ist schön zu sehen, was sich hier bewegt. Junge Nachwuchskräfte sind das A und O, um Politik, ob auf kommunaler, Landes- oder

Bundesebene wieder näher an die Bürgerin und den Bürger zu bringen und greifbar zu machen.“